Hyperventilierende Konformität oder Wenn wir nichts tun, machen wir nichts falsch, aber auch nichts richtig

Posted on 13. April 2024 by Frank Hoffer



Konform (Bild: Clker-Free-Vector-Image auf Pixabay)

Rolf Mützenich gebührt Anerkennung, die Frage aufgeworfen zu haben, ob nicht parallel zur entschlossenen Waffenhilfe an die Ukraine auch über Wege zum Einfrieren des Krieges und zu einen Waffenstillstand diskutiert werden sollte. Er ist allerdings eine Antwort schuldig geblieben, wie denn dies angesichts von Putins Entschlossenheit und Rücksichtslosigkeit gelingen soll. Rolf Mützenich, seit zwei Jahren bevorzugtes Ziel verletzender Kritik, war dafür erneut einen Sturm der Entrüstung, Beschimpfung und Beleidigung ausgesetzt.



Rolf Mützenich (Foto: Olaf Kosinsky auf wikimedia commons)

„Der widerlichste deutsche Politiker“ (Melnyk); „Solche Aussagen werden im Kreml als Aufforderung empfunden, den Krieg auszuweiten und weitere Länder anzugreifen“ (Hofreiter); „Der Vorschlag hat nicht nur in der Koalition breites Entsetzen ausgelöst, sondern im Land, in Europa und in der internationalen Presse“ (Merz); „naive Apeasementpolitik gegenüber Russland“ verlautbarten unisono Ricarda Lang und Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Es gehört schon eine gehörige Portion Geschichtsvergessenheit dazu, Überlegungen über das Einfrieren eines Konfliktes bei gleichzeitiger entschlossener militärischer, politischer und humanitäre Unterstützung für die Ukraine mit München 1938 gleichzusetzen. Mit solchen wahrheitswidrigen Gleichsetzungen wird versucht, den Gedanken zu desavouieren statt ihn zu diskutieren.

Wenn schon historische Vergleiche, scheint es angebrachter, die heutige Lage der Ukraine mit dem sowjetisch-finnischen Winterkrieg von 1939/49 statt mit der kampflosen Aufteilung der Tschechoslowakei zu vergleichen. Damals verteidigte sich das kleine Finnland nicht zuletzt aufgrund westlicher Waffenhilfe überraschend erfolgreich gegen den sowjetischen Überfall. Militärisch erschöpft musste es nach Monaten schwerer Kämpfe dennoch aus einer Position der Schwäche verhandeln, konnte aber nichtsdestotrotz – allerdings um den Preis von Gebietsabtretungen – seine Unabhängigkeit verteidigen.

Warum verfangen Putins Trolle?

Die Stärke der Demokratie ist, Lösungen im Meinungsstreit zu finden und für politische Entscheidungen Mehrheiten im Parlament und beim Volk zu gewinnen. Nichts schwächt die Demokratien so sehr von innen

heraus wie eine Verengung der Diskussion. Margret Thatchers „There is no alternative“ oder Angela Merkels Mantra, Entscheidungen seien „alternativlos“, haben der Demokratie möglicherweise mehr geschadet als russische Desinformationskampagnen und Putins Trolle. Statt sich über russische Desinformationskampagnen zu empören, stellt sich doch die Frage, warum sie verfangen können. Es ist nicht verwunderlich, dass Russland neben dem militärischen Krieg auch einen Informations- und Propagandakrieg führt. Erstaunlich ist, dass diese Propaganda in Teilen der Bevölkerung räsoniert. Wie kann es sein, dass ein brutales Versagerregime, dessen Präsident sich seit 25 Jahren mit oligarchischer Ausplünderung und polizeistaatlicher Repression an der Macht hält, bei uns propagandistische Erfolge erzielt? Putin hat dabei Erfolg, nicht weil er besonders geschickt, skrupellos und hinterhältig ist – das ist er auch -, sondern weil die russische Informationspolitik an das Unbehagen von Menschen in Deutschland anknüpfen kann. Nur wo ausländische Propaganda latente Unzufriedenheit bedienen kann, gewinnt sie an Einfluss.



Bild: KI generiert, nvd9612 auf Pixabay

Diesen Einfluss wirkungsvoll zu bekämpfen, gelingt nicht in erster Linie über das Entlarven putinscher Lügen, sondern durch die ehrliche und offene Debatte im eigenen Land über die politische Herausforderung des Ukrainekrieges. Dazu gehören die Fragen des gerechten Lastenausgleichs sowohl für die gebotene Steigerung der Verteidigungsausgaben als auch für die Aufnahme und Integration von 1,2 Millionen Ukrainer:innen, die bei uns Schutz gefunden haben. Die Kosten und Herausforderungen einer angestrebten EU Mitgliedschaft der Ukraine müssen ebenso diskutiert werden wie vorstellbare Alternativen zu einem sich über Jahre hinziehenden Abnutzungs- und Stellungskrieg.

Dankbar im Namen der Demokratie

Nicht zuletzt braucht es eine Debatte, die sich damit auseinandersetzt, dass ukrainische und deutsche Interessen zwar in wichtigen Fragen in die gleiche Richtung gehen, aber nicht deckungsgleich sind. Dabei geht es nicht nur um den unsolidarischen Egoismus europäischer Bauern, denen ein solider Weizenpreis wichtiger ist als das Überleben der Ukraine, sondern es geht um fundamentale Fragen, wie beispielsweise den Einsatz von Nato-Truppen auf ukrainischem Boden. Je intensiver die Nato sich mit Material und Menschen an dem Krieg beteiligt, desto sicherer dürfte sich die Ukraine fühlen, während in Deutschland laut einer Meinungsumfrage 72 % der Deutschen die Entsendung von Soldaten, 58% die Bereitstellung der Marschflugkörper Taurus und 31% überhaupt Waffenlieferungen an die Ukraine ablehnen.

Statt jedoch diese kontroversen Fragen ernsthaft in der Gesellschaft zu diskutieren, erleben wir in den letzten Jahren einen Trend zur hyperventilierenden Konformität, die wenig Raum für Dissens und Alternativen lässt. Der Grund für diese Konformität ist weder eine konspirative Meinungskontrolle durch die Eliten noch sind es zentral gelenkte öffentlich-rechtliche Medien. Zu sagen und zu schreiben, was viele andere sagen, ist gerade in unsicheren Zeiten eher der sicherste Weg, nicht unter die Räder der Mehrheitsmeinung zu geraten. So entsteht ein vielstimmiger Chor, der mit marginalen Variationen die gleiche Sichtweise wiederholt und sich selbst permanent als nicht zu hinterfragende Wahrheit bestätigt. Abweichende Meinungen zu vertreten, wird in einer solchen Stimmung schwer. Sie ist dem eigenen Fortkommen im Zweifelsfall abträglicher, als mit dem Strom zu schwimmen. Daher sollten auch die, die nicht mit ihm übereinstimmen, Rolf Mützenich allein schon im Namen unserer Demokratie dankbar sein. Denn, je erfolgreicher der Streit um Alternativen aus dem Meinungsmainstream verschwindet, desto mehr entfaltet er sich in sich selbst verstärkenden Blasen, wo dann auch die abwegigsten Ideen noch angeklickt, geliked und geteilt werden.

Die fehlende Antwort auf das Wie

Mützenichs Aufforderung, neben dem kleinteiligen Streit über einzelne zu liefernde Waffen darüber nachzudenken, ob außer einem kriegsentscheidenden militärischen Erfolg der Ukraine auch andere Optionen vorstellbar sind, wie dieser Krieg ohne russischen Sieg beendet werden kann, ist kein Verrat an der ukrainischen Sache, auch keine Wehrkraftzersetzung, sondern notwendiger Teil einer unbedingt erforderlichen demokratischen Debatte, um auch weiterhin eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung für die Unterstützung der Ukraine zu gewinnen.

Wer sich die Rede von Mützenich anhört, kann daraus nur bei gewolltem Missverstehen Appeasement oder Anbiederung an Putin raushören. Das Manko seiner Rede ist, wie eingangs erwähnt, die fehlende Antwort auf das „wie“. Ohne eine Antwort, wie denn ein Waffenstillstand, der keine ukrainische Kapitulation ist, erreicht

werden kann, mangelt es der Idee des Einfrierens an Überzeugungskraft.

Putin wird nicht freiwillig von seinen erklärten Zielen ablassen, die sich grob wie folgt zusammenfassen lassen:

- Grenzverschiebung und Annektierung der Krim und der Ostukraine
- Regimechange in Kiew
- Ein demilitarisierter Vasallenstaat à la Belarus in der Restukraine

Aufgrund der Entschlossenheit der Ukraine und der massiven westlichen Unterstützung ist dies bisher in weiten Teilen nicht gelungen, aber Russland verstärkt unvermindert seine Kriegsanstrengungen, um diese Ziele zu erreichen. Regimechange und Unterwerfung der Gesamtukraine scheinen jedoch zumindest zurzeit für Russland unerreichbar.

Soll Russland auf dem Schlachtfeld besiegt und aus den besetzen Gebieten vertrieben werden, wird dies ohne massive weitere Eskalation, einschließlich des zumindest indirekten Einsatzes von Soldaten aus Nato-Ländern, nicht gelingen. Ein damit wohl unausweichlich verbundener jahrelanger Abnutzungskrieg ist ein Szenario des Sterbens, der Zerstörung und der Eskalation, dass mehr als alles andere die Überlegungen nach Alternativen rechtfertigt.

Ehrlichkeitsoffensive

Bei allen Überlegungen über Verhandlungen muss ein München 1938 Szenario, wo ohne Tschechen über Tschechen entschieden wurde, von vornherein ausgeschlossen werden. Es kann und darf keine Verhandlungen über die Ukraine ohne die Ukraine geben. Aber dies heißt im Umkehrschluss nicht, dass nur und ausschließlich die Ukraine über Verhandlungen entscheidet. Man sollte nicht so tun, als ob die USA und Europa zwar massive Waffen- und Wirtschaftshilfe leisten, aber bei Verhandlungen außen vor sind. Die Behauptung über Verhandlungen ‚entscheidet die Ukraine und nur die Ukraine' ist unglaubwürdig und daher schädlich. Hier ist eine Ehrlichkeitsoffensive gegenüber der eigenen Bevölkerung geboten. Nur mit Ehrlichkeit kann mittel- und langfristig das Vertrauen der eigenen Bevölkerung erhalten werden. Zu dieser Ehrlichkeit gehört, dass die Solidarität mit der Ukraine keine bedingungslose Solidarität ist, sondern in Gesprächen mit der Ukraine das Einbringen eigener und internationaler Gesichtspunkte sowie diese Interessen berücksichtigende Lösungsvorschläge legitim ist.

Alle Überlegungen zu ukrainischer Verhandlungs- und notgedrungener Konzessionsbereitschaft bleiben jedoch abstrakt theoretisch, solange Russland nicht zu genuinen Verhandlungen bereit ist. Russische

Verhandlungsbereitschaft wird sich nur ergeben, wenn sich in Russland der Eindruck verstärkt, dass die Zeit militärisch, wirtschaftlich sowie innen- und außenpolitisch gegen Russland arbeitet. Neben der Fortsetzung von Waffenlieferungen und Sanktionen muss westliche Politik sich darum bemühen, die interne Opposition gegen Putin – so schwach sie auch im Moment erscheint – zu unterstützen. Dazu gehört es auch, junge Russen zur Kriegsdienstverweigerung zu ermutigen und ihnen Asyl anzubieten. In der Außenpolitik muss es Ziel sein, Länder außerhalb der Nato-Strukturen zu überzeugen, sich für eine Lösung des Konflikts zu engagieren.

Dass diese Länder sich bisher wenig bis gar nicht engagieren, liegt nicht daran, dass sie nicht verstünden, um was es für die Ukraine in diesem Krieg geht, sondern dass Ihnen die Freiheit der Ukraine nicht so wichtig ist und sie das Ganze mehr unter dem Blickwinkel eines geopolitischen Machtkampfes sehen bzw. ihre nationalen Interessen und Prioritäten andere sind als die unsrigen. Das mag man falsch finden, aber es ist blauäugig anzunehmen, die Wiederholung des eigenen Standpunktes oder eine weitere flammende Rede der Bundesaußenministerin werde bei diesen Ländern zu einem Umdenken führen.

Was impliziert Staatsräson?

Darüber hinaus dürfte die Haltung der USA und Deutschlands im Gaza-Krieg die moralische Überzeugungskraft der Westens, für eine regelbasierte internationale Ordnung einzutreten, in den Augen Südafrikas und vieler anderer Länder des globalen Südens eher schwächen. Wie will man von anderen einfordern, der Verurteilung Russlands durch die UN Vollversammlung Taten folgen zu lassen, wenn UN Entscheidungen zu Israel keine erkennbaren Konsequenzen bei der deutschen Außenpolitik bewirken, sondern mit dem Verweis auf die deutsche Staatsräson zurückgewiesen werden? Der Begriff „Staatsräson“ erfüllt hier die Funktion, die eigene Politik begründungsfrei gegen Kritik zu immunisieren. Dabei besteht keine Klarheit, was denn „Staatsräson“ impliziert. Nicht zuletzt aus diesem Grund hielt Helmut Schmidt diesen Begriff für eine „gefühlsmäßig verständliche, aber törichte Auffassung, die sehr ernsthafte Konsequenzen haben könnte“.



Annalena Baerbock (Foto: Michael Brandtner auf wikimedia commons)

Auch wenn der Gaza-Konflikt es noch schwerer macht, die Allianz zur Unterstützung der Ukraine zu erweitern, bleibt die Frage, welche Möglichkeiten deutsche und europäische Außenpolitik hat, mehr außereuropäische Akteuren zu bewegen, sich dafür zu engagieren, den Krieg zu einem für die Ukraine annehmbarem Ende zu bringen. Dass man dabei den Interessen und Befindlichkeiten des autoritären China oder des zunehmenden autokratisch regierenden indischen Premierministers Modi Rechnung tragen muss, ist offensichtlich. Beide schätzen sicher keine öffentlichen Belehrungen bezüglich Menschenrechte, Demokratie und Frauenrechte. Es ist möglicherweise auch kein günstiger Zeitpunkt, um eine Fregatte durch die Straße von Taiwan fahren zu lassen. Die strategische Klugheit der Außenministerin, den chinesischen Präsidenten in dieser Situation öffentlich als Diktator zu bezeichnen, erschließt sich – trotz des zweifelfreien Wahrheitsgehalts der Aussage – nicht unmittelbar. Annalena Baerbocks Menschen- und Völkerrechtsrhetorik ist wahrscheinlich an der grünen Heimatfront erfolgreicher als bei dem Bemühen, Autokraten zu überzeugen, ihr politisches Gewicht zu nutzen, um Putin von der Fortsetzung des Krieges abzuhalten. Berechtigte Kritik nicht auszusprechen und mit üblen Figuren zusammenzuarbeiten, um noch üblere zu besiegen, ist nicht prinzipienlos, sondern sogar moralisch geboten.

China, geopolitischer Gewinner

Neben dem, was möglicherweise im Moment unterlassen werden sollte, sind parallel zur weiteren militärischen Unterstützung proaktive Initiativen vorstellbar. Wohlgemerkt: parallel und nicht an Stelle militärischer Unterstützung. Hierzu gehört die Unterstützung der Schweizer Initiative für ein Treffen im Juni 2024 mit Vertretern von fast einhundert Ländern, unter ihnen vielen Ländern des Südens, um Schritte zum Frieden auszuloten. Der Versuch der Schweiz, insbesondere Indien, Brasilien, China und andere Länder jenseits der westlichen Unterstützer der Ukraine mit an den Tisch zu holen, sollte unbedingt unterstützt werden.

Ein uneigennütziges Engagement für eine Reform der UN kann eventuell auch helfen, dass sich der Süden stärker für Frieden im Norden engagiert. Indien und Brasilien streben wie Deutschland und Japan einen permanenten Sitz im UN Sicherheitsrat an. Eine solche Erweiterung des UN Sicherheitsrates kommt nicht zuletzt wegen der aktuellen Überrepräsentation Europas mit zwei Mittelmächten als Vetomitglieder nicht voran. Hier könnte Deutschland signalisieren: Wenn Brasilien und Indien ihrer internationalen Verantwortung für den Frieden durch ein erfolgreiches Bemühen um eine Lösung in der Ukraine ausfüllen, würde Deutschland dies auch dadurch anerkennen, dass es seine eigenen Ambitionen für einen permanenten Sitz zu Gunsten von Indien und Brasilien zurückstellt.



Bild: AbsolutVision auf Pixabay

Ob Deutschland und Europa China bewegen können, verstärkt im Sinne des Friedens auf Russland einzuwirken, erscheint zweifelhaft, weil China bisher sowohl wirtschaftlich als auch geopolitisch der große Gewinner dieses Konfliktes ist. Allerdings befürchten chinesische Militärexperten die Wahrscheinlichkeit einer direkten NATO Intervention mit den entsprechenden Eskalationsrisiken. Ob das Unbehagen über eine solche Entwicklung hinreicht, damit China sich stärker für einen Frieden engagiert, scheint nach den letzten russisch-chinesischen Treffen eher unwahrscheinlich. China hat weiterhin ein Interesse an guten Handelbeziehungen mit Europa und angesichts der sich abzeichnenden Globalkonfrontation mit den USA ein Interesse, einen engen europäisch-amerikanischen Schulterschluss in diesem Konflikt zu verhindern. Europäischer Handlungsspielraum ist hier allerdings begrenzt, da mögliche Zugeständnisse an China nicht um den Preis einer ernsthaften Belastung der transatlantischen Partnerschaft und der amerikanischen Sicherheitsgarantien angestrebt werden sollten. Dass es hier aber nichtsdestotrotz gewisse Möglichkeiten gibt, zeigt die Erklärung von Xi Jinping gegen den Einsatz von Nuklearwaffen im Ukraine Konflikt während des Besuches von Bundeskanzler Scholz in Beijing im Herbst 2022.

Denkbare Friedensinitiativen

Als zweitwichtigster Waffenlieferant der Ukraine könnte Deutschland auch in Gesprächen mit der Ukraine und den Verbündeten eruieren, ob ein ukrainischer Friedensvorschlag vorstellbar wäre, der einen Verzicht auf die militärische Rückeroberung der besetzen Gebiete anbietet, wenn Russland gleichzeitig eine Nato-Mitgliedschaft der freien Ukraine hinnimmt sowie einer Volksabstimmung unter UN Kontrolle in den besetzen Gebieten über die Zugehörigkeit zu Russland oder zur Ukraine zustimmt. Alle Geflüchteten, die vor dem 24. Februar 2022 bzw. vor 2014 ihren Wohnsitz in den besetzen Gebieten hatten, müssten selbstverständlich das Recht und die Möglichkeit haben, an einer derartigen Abstimmung teilzunehmen. Ein solches Angebot würde Russland diplomatisch unter Zugzwang setzen und der Weltöffentlichkeit zeigen, dass die Ukraine, trotz der völkerrechtlich eindeutigen Lage, bereit ist, mit dem Aggressor über Wege zum Frieden zu verhandeln. Es könnte den weltweiten Druck auf Russland erhöhen, die Kriegshandlungen einzustellen und vielleicht die großen Länder des Südens bewegen, sich stärker für den Frieden und gegen eine Fortsetzung der russischen Aggression zu positionieren.

Denkbare Friedensinitiativen jenseits der eigenen Maximalposition sind nicht zuletzt für die öffentliche Unterstützung der Ukraine in westlichen Ländern wichtig. Unterstützungsmüdigkeit dürfte zunehmen, wenn Politik nur fortlaufend die alternativlose Perspektive eines jahre- oder jahrzehntelangen Abnutzungskriegs mit am Ende zweifelhaftem Ausgang wiederholt.

Auch ein klares Signal westlicher wirtschaftlicher und militärischer Eskalationsbereitschaft ist eine Option, um den Verhandlungsdruck auf Russland zu erhöhen. Allerdings ist Eskalation immer ein Spiel mit dem Feuer und

es sollten nur solche Eskalationsoptionen ausgesprochen werden, die man gegebenenfalls auch bereit ist zu wagen. Wer Ankündigungen nicht gewillt ist, Taten folgen zu lassen, schwächt sich selber. Macrons unabgesprochene Worte von französischen Bodentruppen in der Ukraine erscheint da eher kontraproduktiv. Die reale Macht, wirklich abschreckend zu eskalieren, haben militärisch nur die USA.

Selbsternannte Realpolitiker, die vehement den unwahrscheinlich militärischen Sieg der Ukraine als die einzig realistische Lösung propagieren, dürften darauf verweisen, dass keine dieser Vorschläge große Erfolgsaussichten hat. Aber nach zwei Jahren Krieg und Hunderttausenden von Toten muss eine Debatte um Lösungen geführt werden. Man mag versuchen, solche Lösungssuche als naiv abzutun, aber um den Vorsteher des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten, Ignazio Cassis, zu zitieren: «Was ist die Alternative? Herumzusitzen und zu warten. Wenn wir nichts tun, tun wir nichts Falsches, wir tun aber auch nichts Richtiges.»

- E-Mail
- teilen
- teilen
- teilen
- teilen

Entdecke mehr von bruchstücke

Melde dich für ein Abonnement an, um die neuesten Beiträge per E-Mail zu erhalten.

Gib deine E-Mail-Adresse ein …

Abonnieren